

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 31.

Dresden, Mittwoch den 7. Februar 1912.

23. Jahrg.

Abonnementpreise mit der tagl. Umstellungsbilanz, Leben, Wissen, Kunst
für die Frauen- und Jugendzeitung einschli. Bringerlohn monatlich 60 Pf.
Zurück zu den Bezogenen Vierteljahr 2. 25, unter Kreuzband für Deutschland und
Eisenbahn-Linien 2. 4.—. Erheimt tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingertstraße 14, II. Tel. 3465.
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingertstraße 14. Tel. 1789.
Verlagspreis von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 10 W. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen ab 10 W. Insete müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adressen: Dresdner Volkszeitung.

Vor der Eröffnung des Reichstags.

Berlin, 6. Februar.

Heute beginnt der neue Reichstag, der in seinen Wahl-
empfehlungen die deutsche Nation noch nicht die besten
politischen Vertreter bewahren mag.

Grundriss aber ist die Aussicht in die weitere Gestaltung
des politischen Lebens im Deutschen Reich noch mit recht vielen
Rebellen verhängen. Wäre das Wahlsystem für den Reichstag
ein wirklich gleiches, würde die Zusammensetzung des Reichstags
dem Willen der Wähler richtig entsprechen, so hätten wir weit
mehr Klarheit. Aber die Ungleichheiten der Wahlkreis-
einteilung haben bewirkt, daß insbesondere das Zentrum in
einer Fraktionsstärke in den neuen Reichstag eintraten darf, die
seiner Wählerzahl entfernt nicht entspricht. Daher ist die
Rechtlosigkeit, die durch Liberale und Sozialdemokraten gebildet
werden kann, nur eine recht schwache, von allerlei Zufälligkeiten
abhängige. Und der weitere unklare Faktor in jeder Be-
stimmung der politischen Entwicklungsmöglichkeiten ist die völlige
Spezialität und Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen.
Die den rechten Flügel der liberal-logikdemokratischen „Linken“
bilden. Auf dem rechten Flügel dieses rechten Flügels stehen
zur Veranschaulichung, die sich mit vielen Konservativen an
reaktionären Gesinnungen durchaus weichen können. Es ist
daher nicht abzusehen, ob auch nur in einigen wichtigen Fragen
die sogenannte Linke des Reichstags wirklich zu kraftigem
Wirkens in die Erscheinung treten wird.

Kügelspielt es allerdings die Herrschertöne der Konser-
vativen. Diese Partei ist so stark zurückgeworfen, daß sie im
Reichstage nicht mehr mit einer der anderen großen Parteien,
weder mit Zentrum noch mit den Liberalen, eine Wehrheit
bilden kann. Dagegen ist die Stellung des Zentrums noch
immer äußerst mächtig geblieben, zum Teil durch die Unter-
stützung von Konservativen und Nationalliberalen bei den
Wahlen. Und das Zentrum wird alle Kräfte seiner erteilten
Politik spielen lassen, um sich eine führende Rolle zu sichern.
Niemand kann heute sagen, ob das Zentrum weiterhin sich
auf Weisheit und Verstand an der Seite der gescheiterten Kon-
servativen halten oder ob es neue politische Schwankungen
versuchen wird.

Die Unsicherheit der gesamten Reichstagsverhältnisse zeigt
sich jetzt am drücklichsten in der allgemeinen Ungewissheit über
die Gestaltung des neuen Präsidiums. In der Zu-
sammensetzung des Präsidiums soll sich das Wesen dieses Reichstags
ergeben. Aber welches ist das Wesen dieses Reichstags?
Die ist ein Präsidium zusammenzubringen, das Aussicht auf
Dauer hat? Die Reichsparteien müßten wohl einen
Nationalliberalen zu sich hinzuziehen und ihnen einen Sitz
im Präsidium einräumen, wenn die Nationalliberalen für
einen Konservativen oder Zentrumsmann als Präsidenten zu
haben wüßten. Das können aber die Nationalliberalen
nicht, wenn sie nicht bei ihren eigenen Anhängern die
Entscheidung erlassen und zugleich die freundschaftliche
Beziehungen abstoßen wollen. Der andere Weg
für die Nationalliberalen wäre, mit Fortschrittlichen und
Sozialdemokraten zusammen das Präsidium zu besetzen.
Die Nationalliberalen könnten vielleicht, obwohl sie bei weitem
nicht die stärkste Fraktion sind, den Präsidentensitz erhalten.
Das wäre für sie keine Kleinigkeit. Aber sie können diesen
Erfolg nur haben, wenn sie vernünftig genug sind, der
Sozialdemokratie den ersten Vizepräsidenten zu geben, worauf
ihre Partei unweifelhaft berechtigten Anspruch hat. Die
Nationalliberalen dürften dabei auch nicht irgendwelche Be-
dingungen an uns stellen, deren Annahme, wie sie wissen, für uns
unmöglich wäre. Man darf sehr gespannt sein, wie sich die
nationalliberale Fraktion entscheiden wird. Danach wird vor-
ausichtlich die ganze weitere Entwicklung der Reichstags-
verhältnisse abhängen. Die Sozialdemokratie wird
jedemfalls ihr Bestes tun, um den Willen des
deutschen Volks, wie er bei den Wahlen zum
Ausdruck kam, auch parlamentarisch zur Ge-
lung zu bringen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bereits am
heutigen Tage zu ihrer ersten Sitzung versammelt. Es war
eine große und deutliche Stunde, da sich unsere 110 voll-
ständig zusammenfanden. Es gab viel bewegliche Begrüßungen
und aus aller Augen leuchtete die Freude des gewaltigen
Wahltriefes.

Unter Vogel eröffnete die Sitzung mit einer prächtigen
Ansprache. Er erinnerte daran, daß er vor 45 Jahren als
erster Arbeitervertreter in den Norddeutschen Reichstag ein-
getreten war. Damals habe er sicherlich nicht geglaubt, daß
er nach Jahrzehnten als Kolosse mit der größten Fraktion
in den Reichstag eingehen werde. Vogel wies darauf hin,
daß seinen Vertretern jetzt ganz besonders schwere Auf-
gaben bevorstehen. Wir werden aber nach besten Kräften
für unsere Sache zu kämpfen wissen.

Es erfolgte dann die Konstituierung der Fraktion und
eine Besprechung über die Präsidialfrage.

Die Konstituierung unserer Fraktion.

In den Fraktionsvorhand wurden gewählt: Vogel, Quale,
Kaltenbrunn als Vorsitzende; Fischer-Berlin und Dr. David als

Schriftführer; Raben und Ebert als Kassierer. — In den
Seniorenkonferenzen werden erlaucht: Pöbel, Wolfenbühl, Geper,
Quale, Dieg und Fischer-Berlin. Korrespondenten der Fraktion
ist Genosse Juddel.

Die nationalliberale Fraktion und die Präsidienfrage.

In der Sitzung der Nationalliberalen nahmen, wie das
Berliner Tageblatt meldet, naturgemäß die Erörterungen über
die Präsidienfrage einen breiten Raum ein. Verschlüsse
wurden nicht gefaßt. Die Gesamtstimmung läßt sich dahin
charakterisieren, daß die nationalliberale Fraktion „einerseits“
nicht der Meinung kundtut, die schwarzblauen Parteien ver-
fügen noch über die Majorität, „andererseits“ aber auch
Zweifel am Bestehen einer Linksmajorität hegt. Zwischen
zwei gleichstarken Gruppierungen (Schwanen nach ihrer Mei-
nung vielmehr einige unklare Anzeichen einder, die in die
Mehrheitsverhältnisse von vornherein eine Unsicherheit bringen.
Die nationalliberale Fraktion will daher von einem aus-
gesprochenen Linkspräsidium nichts wissen. Sie erkennt jedoch
den Anspruch der Sozialisten auf einen Sitz im Präsidium
als gerechtfertigt an. Die Fraktion ist auch geneigt, für einen
logikdemokratischen Vizepräsidenten zu stimmen, falls dieser die Er-
klärung abgibt, sich an dem üblichen Verlaufe des Gesamt-
präsidiums beim Kaiser beteiligen zu wollen.

Bayrische Wahlen und Regierungskrisis.

München, 6. Februar 1912.

Das Ergebnis der bayrischen Wahlen ist, absolut
betrachtet, ein großer Erfolg der Zentrumspartei; nur im
Quintal auf das gestellte Wahlziel — die Sprengung der
Zentrumsmehrheit — kann man von einem Wählungen reden.
Um das zu erreichen, hätte man 18 Mandate dem Zentrum
abnehmen müssen. Aber man kann ja heute auch sagen, daß
das nicht genügt hätte, da das Zentrum immer noch die Ge-
waltigkeit der Landwirtebündler zur Verfügung gehabt haben
würde. Immerhin verloren Zentrum und Landwirtebündler,
also der schwarzblaue Block in Bayern, 21 Mandate. Aber die
Wahlen haben auch gezeigt, daß die Verbindung der
Zentrumsmehrheit möglich gewesen wäre. Die kleine Wehr-
heit, die dem Zentrum blieb, ist eine Justizmehrheit; nur
kleine Stimmenverschiebungen, und sie ist vorüber. Der Kul-
der Unbesiegbare des Zentrums ist auch in Bayern für
immer zerstört. Ohne das Verlangen des altbayrischen
Bauernbunds — der liberale deutsche Bauernbund hat
auch Erfolge erzielt — wäre schon diesmal die schwarze
Wehrheit beseitigt worden. Das weiß die Zentrumspartei
sehr genau und darum klagen die Siegeslieder gedämpft;
Jerr v. Ortner hat sogar am Abend des Wahltages ver-
sprochen, daß man die Wehrheit nicht zur Unterdrückung der
Gegner benutzen wolle.

Erst die Stimmenzahlen, deren Ergebnis noch nicht
vorliegt, werden den Niedergang des Zentrums erweisen. In
München hat es nicht einmal die Stimmenzahl von 1907 be-
haupten können, während die Zentrumspartei von 10 000
zugewonnen haben. Das ist die Vorwarnung des Zentrums,
und außerdem die Erscheinung, wie sehr sich die Drantenchaft
radikalisiert. Der elementar ausgebrochene Zentrumshoch wird
durch seine Allzweier der Wahlkreisreform und auch
durch seine Drohungen und Gewalttätigkeiten mehr bedrängt.
Dah das Umsturzgedröhre nicht mehr wirkt, daß die Kampf-
brüderlichkeit der Sozialdemokraten und Liberalen sich ohne
jede Ausnahme und Trübung bewährt hat — all das läßt
das siegreiche Zentrum mit Angst in die Zukunft blicken.

Zweierlei ist nun zu tun: Für den Kampf um den Tro-
phäen ist es unerheblich, daß das Zentrum die Wehrheit be-
halten hat; er kann ja ohne Zweidrittelmehrheit ohnehin nicht
beschlossen werden. Dieser Kampf wird nicht mehr zur Ruhe
kommen. Sodann ist der systematische Ausbau der Organi-
sationen in den Zentrumskreisen durchzuführen; das Zentrum
zu überwinden, ist nur eine Frage der aufzubewahrenden Arbeit
und Klugheit.

Je mehr das Zentrum dem Wahlziel nützt, um so
fester klammert es sich an die Regierung und die herrschenden
Kräfte. Daß eine Regierung nachdem sie das Parlament
wegen Verfassungsbruch der Wehrheit aufgelöst hat, am Tage
der Wahlen, vor der Entscheidung, die Flucht ergreift, ist noch
nicht dagewesen; aber zweifellos ein Erfolg der Unstimmig-
keit des Zentrums, das in dem Ministerpräsidenten Pöbel-
wits einen geheimen Helfer hatte.

Der Prinzregent hat die Mitteilung der Demission ent-
gegengenommen, aber sich die Entscheidung vorbehalten. Die
konservative Reinigung des Ministeriums wird durchgeführt.
Das Zentrum treuhändiger Haltung ist deutsche Regierung.
Die bayrische Zentrumspresse erklärt längst, daß die bayrische
Regierung im Kampfe gegen den Umsturz nicht gegen Pöbel
arbeiten dürfe. Das bayrische Zentrum ist also glückselig
preußisch partikulärisch geworden. Schwarz-weiß-

blau ist in Zukunft die Fahne der bayrischen Regierung und
der bayrischen Zentrumspolitik.

Die Berliner Presse über die bayrischen Wahlen.

Ueber die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen geben
in der Berliner Presse die Meinungen stark auseinander. Den
stärksten Gegensatz bilden die linksliberale Berl. Tagebl.
und die liberale Germania, denn beide schreiben ihren eigenen
Freunden den Sieg zu und schreiben aus voller Brust Triumph.
Das Tageblatt konstatiert die Niederlage der Schwarzblauen, die Germania
die des Großblaus. Zwischenbeide machen sich Stimmen verneh-
lich, in denen eine objektive Würdigung des Wahlausfalls zum Aus-
druck kommt, und niemand wird bei ruhiger Überlegung der Bes-
ten widersprechen können, die meint, das Zentrum und die Konser-
vativen hätten zwar eine empfindliche Niederlage erlitten, doch sei
das Ziel des Wahlkampfes nicht erreicht, da die gescheiterten Parteien
eine erhebliche Wehrheit behalten hätten.

Die an Vernichtung grenzende Niederlage der Agrarkonser-
vativen ist so augenfällig, daß selbst die Deutsche Tageszeitung, um die
Feststellung dieser ihr so überaus schmerzlichen Tatsache nicht mehr
herumkann. „Es läßt sich nicht leugnen und vertuschen“, schreibt sie,
„daß die rechtslebenden Parteien, insbesondere die Konservativen
und der Bund der Landwirte die 3/4 bezahlt haben.“ Sie rüf-
tet sich aber damit, daß die Niederlage eine „ehrenvolle“ sei und ist so-
gar „heiß“ darauf, daß ihre Leute an dem „Vordrusse“ der Linken
feinen Anteil haben.

Das Wort vom „Vordrusse“ trifft aber hier sehr schlecht,
denn auf den leider unzureichenden Erfolg der vereinten Zentrum-
gegner läßt sich gewiß das Wort nicht anwenden: „Nach einem solchen
Sieg und du bist verloren.“ Das paßt viel besser auf den „Sieg“,
den die Germania auf der Seite des Zentrums konstatiert, während
die Gegner dieser Partei sich eher lagen können: „Nach einem solchen
Sieg und wir haben gewonnen!“

Die Germania geht in ihrer Unvorsichtigkeit so weit, davon
zu sprechen, daß der Angriff der Gegner „glänzend“ zurückgeschlagen
worden sei. Das Wort „glänzend“ sollte wohl von einer Partei
vermieden werden, die bei den Reichstagswahlen zehn, bei den
Landtagswahlen zwölf Mandate verloren hat, deren Bundesgenossen
zur Wehrheit beinahe aufgerieben worden sind, die in ihrer Prozesant-
beurteilung an der Gesamtwahlziffer zurückgegangen ist, und an-
scheinend trotz einer vor nichts zurückweichenden Haltung auch
nach zwischen Reichstags- und Landtagswahlen Wähler ver-
loren hat. So verdankt die Zentrumspartei ihre „glänzenden“
Erfolge, die sie trotz aller stürmischen Prägeln errungen haben will,
im Reich wie in Bayern nur dem schändlichen Unrecht der Kreis-
einteilung — in Bayern wohl nebenbei auch dem unvorhergesehenen
Zwischenfall der postenfasten Ministerkrise, in deren Ge-
wärtigung die liberale Presse der Reichshauptstadt mit Ausdrücken
der Heberausung und Entrüstung nicht spart.

Die gewählten Sozialdemokraten sind:

Bielmann, München II, Schmitt, München VI, Kohlhaupt-
München VII, Müller, München VIII, Kuer, München IX, Timm-
München X, Schmid-München XI, v. Vollmar-München XII, Kimm-
sch-Walden-Land, Probst-Eber, Postmann-Kaiserlautern, Kleinert-
Kaiserlautern, Huber, Ludwigshafen I, Körner, Ludwigshafen II,
Reibel, Frankenthal, Gensler, Sulmbach, Siedler, Rürnberg I, Dr.
Eckhelm, Rürnberg III, Dorn, Rürnberg IV, Simon, Rürnberg V,
Schneppendorf-Rürnberg VI, Egis-Rürnberg, Klumpner-Rürnberg, Dieck-
Schwabach, Dr. v. Haller-Erlangen, Vogel-Gerehrud, Semmermann-
Walden, Endres-Bürgzburg I, Reitzgen-Augsburg II, Sölgel-
Rempen.

Deutsches Reich.

Die Aufgaben des neuen Reichstags.

Die Nordd. Allgem. Zig. veröffentlichte an der Spitze
ihrer am Dienstag abend erscheinenden Nummer folgendes:

„Abgesehen von der Hauptaufgabe des neuen Reichstags in
seiner bevorstehenden Session, der Verhängung unserer Wehrlich-
keit nebst Redung der Wehrkosten, befinden sich mehrere Entwürfe
in Vorbereitung. Ueber den vom Bundesrat beschlossenen Ent-
wurf des neuen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes haben
wir kürzlich nähere Angaben gemacht. Ueber weitere Vorarbeiten
erfahren wir gegenüber anderen irdigen Mitteilungen das folgende:

Vorbereitet sind Gesetzentwürfe über die Sonntagserube im
Handelsgewerbe und über die Versorgung von Verarmten, die
in gemeinsamer Tätigkeit beim Reiten oder Bergen von
durch Feuer- oder Wassergefahr bedrohten Menschen oder
bei Ausübung eines öffentlichen Dienstes von Unfällen betroffen
worden sind; ein Antragsgesetz für das Direktorium der zur Aus-
führung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erforderlichen
Rechtsanstalt; eine Vorlage wegen Schaffung der für die koloniale
Rechtsprechung notwendigen dritten Instanz und ein Schargruppen-
gesetz; ein Polizeigesetz. Unsere Reichsbeziehungen zu Bulgarien
sind durch drei Verträge, nämlich einen Konsularvertrag, einen
Vertrag über Rechtschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegen-
heiten und einen Auslieferungsvertrag neu geregelt worden; diese
Verträge, sowie ein gleichzeitig abgeschlossenes Abkommen über die
Verlängerung unseres Handelsvertrags mit Bulgarien werden dem
Bundesrat und dem Reichstag zur Genehmigung zugehen.“

Das deutsche Volk hat bei den Wahlen deutlich zum
Ausdruck gebracht, daß es eine fortschrittliche Gesetzgebung will.
Aber das rührt den braven Weismann und seine Statistenretze
und Geheimräte nicht. Abgesehen von dem Gesetz über die
Sonntagserube befindet sich unter den angeforderten Vorlagen

Feine einzige, die einen neuwertigen Fortschritt in irgendwelcher Beziehung bringen konnte. Es wird nun Sache des Reichstages sein, dafür seinerseits alles zu tun, um den Willen des deutschen Volkes zu erfüllen.

Während die Regierung nicht daran denkt, die Rechte des Volkes zu erweitern oder für die unter den heutigen Verhältnissen schwer leidenden Volksmassen etwas zu tun, hat sie, wie immer kluge wird, die Absicht, den Klassen neue Lasten aufzulegen.

Bei der Erörterung über die Defizit der Kosten für die neuen Wehrvorlagen wird von verschiedenen Seiten wieder auf eine Reichsreform und eine Reichsveränderung zurückgegriffen werden. Um von vornherein jeder Hoffnung auf Zustimmung des Bundesrates zu einer solchen Steuer die Spitze abzubrechen, erhält der Offizial des Reichsministeriums, Viktor Schweinburg, den Auftrag, in seinen politischen Reden folgende Abgabe zu verbreiten:

Wenn mehrfach jetzt angeregt worden ist, den Bedarf für die Wehr- und Rentenvorlage durch Reichsreform oder Einkommensteuer zu decken, und wenn auf Grund solcher Forderungen im Abgeordnetenhaus die Berücksichtigung der bestimmten Erhöhung der preussischen Einkommensteuer als erforderlich erachtet worden ist, so mag daraus hervorgehen, dass der Bundesrat gefühllos auf dem Standpunkte steht, die Veranschlagung der Wehr- und Einkommenssteuer des Bundesstaates für ihre eigenen Staatsbedürfnisse ausschließlich vorzubehalten. Abgesehen von dem nahezu unüberwindlichen natürlichen Schwierigkeiten, die die Konstruktion einer Reichsreform oder Einkommenssteuer bieten würde, ist es im Interesse der Einheitlichkeit der Finanzen der Bundesstaaten und demzufolge eines berechtigenden Bedürfnisses derselben zum Reize völlig unzulässig, ihnen das Gebiet der Vermögens- und Einkommenssteuer mit der vollen Sicherheit zu überlassen, daß sie auf ihm Eingriffe der Reichsregierung heraus hat im Frühjahr 1909 der Bundesrat beinahe einstimmig beantragt, daß in der Finanzkommission des Reichstages die Reichsreform-Vorlage abgelehnt, obwohl es einen Antrag und den Entwurf einer Reichsreform, auf die die Lösung der Wehrvorlage bei der Reichsreform beruht. Von einer Inanspruchnahme der Einkommens- oder Vermögenssteuer für das Reich kann daher nicht die Rede sein.

Es wird hier wieder einmal behauptet, daß die Finanzen der Bundesstaaten in schrecklicher Unordnung geraten müßten, wenn das Reich Einkommen- und Vermögenssteuer einführe. Das ist natürlich fauler Haude. Es ist gar nicht einzusehen, warum nicht gleichzeitig Reich und Einzelstaaten Einkommen- und Vermögenssteuer erheben können sollten. Aber unsere Regierung ist eifrig darum bemüht, die besitzenden Klassen vor einer härteren Steuerbelastung zu schützen. Vielleicht fürchtet sie doch unsere Patrioten aus den Kreisen von Fleiß und Bildung sich nicht mehr so leicht für Wehr- und Rentenvermehrungen begeistern würden, wenn sie ihren Patriotismus nicht mit schönen Worten auch mit klingender Münze bestärken müßten.

Die badische Regierung und die Streifbroschurfürger.

Auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abg. Dr. Krauß (Mannheim) in der Kammer stellte der badische Ministerpräsident Freiherr v. Tschudi die Absicht der verbündeten Regierungen, ein Arbeitswilligengeld einzubringen, in Abrede. Es handelte sich nur darum, gewisse Bestimmungen in das allgemeine Strafgesetzbuch aufzunehmen, um dem zunehmenden Terrorismus, der vielfach gegen Arbeitswillige geübt werde, Einhalt zu tun. Die badische Regierung habe zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, sie werde aber, wenn die Ermöglichung an sie heranträte, ihre Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnehmen. Davon, daß die Regierung etwa ein Ausnahmestrafgesetz im engeren Sinne, wie der sozialdemokratische Fragesteller Dr. Krauß meinte, also ein Gesetz, das bestimmt ist, besondere Maßregeln gegen die Arbeitskraft zu treffen, beabsichtige, könne keine Rede sein. Jedenfalls werde die badische Regierung ein solches Gesetz nicht beschließen; in dieser Beziehung meinte der Staatsminister v. Tschudi, dürfte man die Erklärung der badischen Regierung über ihre liberale Gesinnung das vollste Vertrauen entgegenbringen.

Der zunehmende Terrorismus gegen die Streifbroschurfürger erstreckt sich in der Rhodane von Rinschen, Scharnacker und anderen Staatsbürgern. Richtiger wäre, von dem zunehmenden Terrorismus der Angehörigen und ähnlicher wertvoller Jugendlichen zu sprechen.

Die Steuerdebatte im preussischen Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus überließ am Dienstag die Steuervorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Beim nächsten Tag in der Debatte nicht mehr zuzugehen. Demnach war Montag unter Fraktionsführern, forderten heute die Reichsminister die Einführung einer Progression bei der Einkommenssteuer und die Freilassung der Einkommen bis zu 1000 M. — Ein lebhafter Streit entbrann sich wieder über die Frage, ob die Vordrate wie bisher den Vorschlag in den Veranlagungskommissionen führen sollen. Während die gesamte Linke die Vordrate von diesem Geschäft befreien will, treten die Konservativen unbedingt dafür ein, daß die Vordrate den Vorschlag in den Veranlagungskommissionen behalten sollen. Die Gründe hierfür sind einleuchtend. Interessant war es, daß die Konservativen und das Zentrum lebhaften Widerstand erhoben, als der Abg. Cassel nebenbei die Möglichkeit der Einführung einer Reichsreform erwähnte; es scheint also, als ob der schwarze Mod nach wie vor gegen eine solche Steuer Typologie erheben wird. Gegenüber unserer Forderung auf Freilassung der unteren Einkommensklassen wurde von konservativer Seite wiederum auf die angebliche Belastung der Arbeiter durch die sozialdemokratische Partei und die Gemeindefürsorge hingewiesen. Unterem Klassen Erbebel, der sich zum Wort gemeldet hatte, wurde die Vermehrung dieser durch einen Schlußantrag abgelehnt. Das Schicksal des Schlußantrags ist sehr ungewiß, da bisher nur die äußerste Rechte die Notwendigkeit einer dauernden Steuererhöhung anerkannt hat.

Zur badischen Kammerdebatte.

Mannheim, 6. Februar. Bei der Kündiger Neuesten Nachrichten melden, in eine Entscheidung des Reichstages in der Wehrvorlage weder heute noch morgen zu erwarten. Die Entscheidung wird vermutlich erst am Donnerstag erfolgen. Mit dem Eintritt des Reichsministers von Braunsdorff und des Finanzministers von Pfaff ist die Sicherheit zu rechnen. Ueber deren Verlaufs ist noch nichts bekannt.

Eine Industriellenversammlung.

Der Verband mitteldeutscher Industrieller, ein Ableger vom Bund Deutscher Industrieller, der mit dem Reichsverband bekanntlich auf gesamtdeutschem Fuß steht, hielt am Sonntag (4. Februar)

seine 4. Generalversammlung ab, die nicht nur wegen der wiederum stattgefundenen Gegenstände in der Industrie, sondern wegen ihrer Stellungnahme zum Reichstags-Wahl-ergebnis Interesse erweckt. In dem vom Vorsitzenden Dr. Winter erarbeiteten Geschäftsbericht wurde unter anderem die Industrie mit den industriellen Interessenvertretern verhandelt. Die Wahl des Eintrags des preussischen Reichstags in das Reichsparlament wurde der industriellen Arbeit unterzogen, weil die Interessen der Arbeiterveränderer dabei völlig unberücksichtigt geblieben seien. In der Wirtschaft- und Handelspolitik habe die Hebung der Industrie überall starke Schädigung ausgeübt.

In einer öffentlichen Versammlung sprach der durchgefallene nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Bundes der Industriellen, über die wirtschaftliche und politische Lage und die Industrie. Dem nächsten Reichstag erwarte man allgemein eine neue Welle der politischen Entzündung, und niemand sei an der Neuordnung des politischen und wirtschaftlichen Lebens stärker interessiert, als die Industrie. Es erhebe sich zunächst die Frage, ob in einer Zeit industrieller Weltwirtschaftlicher Entwicklung die Sozialdemokratie, die namentlich härtesten Partei, regiert werden könne. Die Wahlen hätten zunächst eine außerordentliche Schwächung der Parteien der Rechten gebracht. Wäre die bearbeitende und die Bergbauindustrie der vor wenigen Monaten vom Zentralverband ausgearbeiteten Vorlesung nach rechts gefolgt und hätte sie die konservativen Parteien unterstützt, so würde sie heute an eine einflussreiche Minderheit gesetzt sein. In dem Maße, in dem die liberale Partei geschwächt wurde und doch namentlich die Zahl der Vertreter von Industrie und Handel so gering sei, aber andererseits habe der durch besondere Einseitigkeit sich auszeichnende Bund der Handwerker eine völlige Wiederkehr erlitten, daß er auch in überaus ungünstigen Umständen die Sozialdemokratie sei begrifflich, aber doch nicht ganz rein, denn die Sozialdemokratie der reinen Regierung (1), bei der sich die Sozialdemokratie selber recht zu befinden, werde namentlich nach der Wahl der Sozialdemokratie zu befehlen, werde das Wahlergebnis nicht die Entscheidung der Sozialdemokratie bedeuten. Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zur Verhinderung von Freie und Industrie sei eine große Gefahr für die Industrie an lange Zeiten. Die mit den Wehrvorlagen zusammenhängende Frage der Defizit der Industrie der Industrie bis zur letzten Kraft bringen gegen etwaige einseitige Verleser- und Handelskennern. Für eine Vermögens- oder Besitzsteuer, die alle Besitztenden trifft, werde die Industrie gern eintreten, namentlich, wenn sie auf die Kräfte der Schultern gelegt werde. Vielleicht könne jetzt wieder gut gemacht werden, was die Reichsreform verbrochen habe. Es sei aber nicht daran zu denken, daß wir einen „lindenlosen Sozialismus“ bekommen, wie im Handbrot als Stichmaßbedingung gefordert habe. Neue Agenden führten zu neuen Industriellen, Lohnschätzungen und so weiter.

Dann sprach Stresemann das Doppelte der Sozialpolitik des letzten Reichstages, wobei die Reichsreform der Sozialpolitik über den grünen Ärmel und hat, die Industrie die neuen Zeiten erst einmal verbauen zu lassen, ehe man mit neuen sozialpolitischen Forderungen komme. Die Gesellschaft sei jetzt nicht ungenügend, das Sozialpolitische werde aber seine Schatten voraus und namentlich der Standpunkt des preussischen Reichstags sei sehr zu beklagen. Dazu habe man denn überhaupt finanzielle Möglichkeiten, wenn sich auch der Staat treiben lassen will von rein finanziellen Interessen der Allgemeinheit. Den bearbeitenden Industrien werde man es unter solchen Umständen nicht überlassen können, wenn sie auf Mittel und Wege können, um sich durch einen Bezug von Kohlen vom Ausland vom Standpunkt unabhängig zu machen. Regierung könne man auch sein, welche Stellung gerade der Zentralverband zu dieser Frage einnehmen werde. Welt- und Weltwirtschaftspolitik seien eng miteinander verbunden. In der Weltpolitik brauchen wir eine starke Politik, wozu Stresemann natürlich nur eine Auktion bis an die Zähne vertritt.

In der Diskussion wurde vom Geh. Hofrat Joch die Hoffnung erweckt, daß die Verhandlungen mit Holland über die Schiff-fabrikabgabe in Laufe dieses Jahres zum Abschluß kommen und daß bis 1910 der Verkehr bis Heilbrunn fahrbar sei. — Angeregt wurde noch ein gemeinsamer Modestab mit der württembergischen Eisenbahnerverwaltung unter Umgehung des Reichsverbandes.

Bündler-Parade. Am 19. Februar versammelten die Reichs-, Baden- und Oldenburg-Jugend ihre Vertreter in Berlin im Sportplatz zu der alljährlichen Bündler-Parade. Bei diesem Anlaß wird die Regierung wieder mit einigen „Schwarzeisen“ überschüttet werden; denn die Bündler meinen ihr die Hauptlast daran zu liegen, daß die Führer des Bundes der Landwirte durchgefallen sind.

Reine politische Nachrichten. Die Abgeordneten Dr. v. Gumpel, Dr. Friedberg und Genossen haben im preussischen Abgeordnetenhaus mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion zur zweiten Beratung des Entwurfs der ausstehenden Angelegenheiten folgenden Antrag gestellt: Die königliche Staatsregierung wird aufgefordert, dem Haupte der Abgeordneten zunächst bald authentische Mitteilung über die mit der Kurie über das neue Wahlgesetz, betreffend das Gerichtsverfahren gegen Richter, geprüften Verhandlungen zu machen, insbesondere den daraus resultierenden amtlichen Schriftwechsel vorzulegen. — Der diesjährige Deutsche Katholikentag wird in Baden vom 11. bis 15. August stattfinden. Die letzten Katholikentage in Baden waren 1892 und 1879. — Wie aus authentischer Quelle bekannt, hat der türkische Minister die Schließung der italienischen Privatbanken und Versicherungs-gesellschaften sowie des unter italienischem Protektorat stehenden katholischen Bienenhauses der Salesianerinnen in Anatolien befohlen. — Die amerikanische Bundesregierung hält 30 000 Mann für sofortige Konzentration an der mexikanischen Grenze bereit. Wadert löst immer bedrohlich sein. Die Insurgenten setzen in der Nähe der Hauptstadt.

Ausland.

Frankreich.

Zum deutsch-französischen Abkommen.

Paris, 6. Februar. In der heutigen Senatsdebatte ergab die Rede des konservativen Lacaze mit seiner sehr scharfen Kritik des deutsch-französischen Abkommens eine große Wirkung. Er erklärte, Deutschland erhalte ein großes, vielfach höchst wertvolles Kolonialgebiet. Spanisch-Guinea werde über kurz oder lang Deutschland zufallen, das einen großen Kriegszug nach Atlantik und Ostsee erhalte. Frankreich dagegen erhalte eine schwere moralische Einbuße und bringe große materielle Opfer. Dafür habe Deutschland nicht das geringste abgegeben. Die letzte französische Diplomatie habe unflugs gehandelt, indem sie ihre Kräfte auf Marokko allzu offen zeigte. Frankreich nehme durch das marokkanische Protektorat schwere militärische und finanzielle Lasten auf sich. Trotz alledem werde er für den Vertrag stimmen, wenn er wüßte, daß die Reichsminister Marokko dem französischen Volk zugute kämen. So fürchte er aber, daß sie in die Taschen der Finanziers fließen würden.

Portugal.

Folgen der Arbeiterunruhen.

Lissabon, 6. Februar. Die Regierung glaubt Verzweigungen und Vorbereitungen einer neuen Bewegung zur Wiederherstellung der Monarchie enthält zu haben. Die Verbrechen des letzten Jahres 3500 Dinar mit Bomben verschiedener Größe. Die Untersuchungen werden fortgesetzt. Die Hauptfrage, die jetzt die Regierung beschäftigt, ist übrigens nicht das Verhalten der Monarchisten, sondern ein gefährlicher Streit im republikanischen Lager. Die Regierungspartei ist in unerbittlichen Gegensatz zu der mächtigen

Geheimgesellschaft der Carbonaros geraten. Die Mehrheit der Mitglieder nimmt jetzt gegen die politischen Führer, nämlich die radikalen Republikaner Almeida, Alfons Costa und Brito Camacho Stellung und verlangt deren Absetzung. Die Carbonaros behaupten, sie hätten vor der Revolution, um Popularität bei den arbeitenden Klassen zu gewinnen, Versprechungen geben müssen, die sie nunmehr nicht einhalten könnten, daher wünschten sie, eine Regierung aus anderen republikanischen Elementen zu bilden. Die führenden Mitglieder und die Regierung erklären, daß sie die großen Dienste der Carbonaros um die Einsetzung der Republik durchaus anerkennen. Aber jetzt, wo die Republik fast fertig ist, sei es unzulässig, diese terroristische Gesellschaft weiter anzuerkennen. Daher wurden alle Carbonaros von der Regierung aufgefordert, alle Waffen und Bomben auszuliefern. Dies weigern sich aber die Carbonaros entschieden zu tun. In Lissabon allein sind etwa 50 000 Carbonaros. Die Regierung ist daher in einer schwierigen Lage, da ein offener Kampf mit den Carbonaros den Bürgerkrieg bedeutet. Außerdem sind ein Teil der Armee und der Marine Mitglieder dieser machtvollen Gesellschaft. Der Militärkommandant sandte gestern eine starke Abteilung Kavallerie und Infanterie nach Oporto, dem südlichen Teil von Oporto jenseits des Tago. Wie verlautet, sind im ganzen etwa 5000 Carbonaros vorgekommen. Die Gefangenen sind und die als solche dienenden Kriegsschiffe sind überfüllt mit Gefangenen.

Italien.

Die Sozialisten von Catania gegen de Felice.

Id. Rom, 5. Februar. Dieser Tage ist dem Abgeordneten de Felice bei seiner zeitweiligen Abreise aus Tripolis ein Brief angeboten worden. Die Sozialisten der Stadt hielten sich diesem Briefe fern. Der Korrespondent des Abanti, der eingeladen worden war, lebte ab. Die Parteifraktion von Catania hat ein Flugblatt veröffentlicht, das in heftiger Weise gegen de Felice Stellung nimmt. Es heißt darin: Um der Würde unserer Partei willen wollen wir unsere Stimme erheben und den proletarischen Organisationen die Augen öffnen, damit sie nicht täuschlich für den Triumph eines Ambrosiano wirken der den Krieg und das Meer beherrsicht und nicht Sozialist ist. ... Die Parlamentarierfraktion mag das letzte Wort sprechen. Man wird ihr ein Memorandum vorlegen und ein scharfes und offenes Urteil fordern. Es ist Zeit, daß die Freiheit ein Ende finde. Nach der letzten Wahl hat sich die Bourgeoisie der Industrie und des Handels für de Felice ins Zeug gesetzt. Der frühere Revolutionär gebt nicht mehr zu sein; seine Seele ist bürgerlich geworden. Jetzt ist es Sache der Parlamentarierfraktion, eine Entscheidung zu treffen.

Dieses Vorgehen der Parteifraktion von Catania wird hoffentlich auch der bürgerlichen Presse des Auslandes den Mund aufreißt, die immer wieder de Felice als Vorbild eines aufklärten Sozialisten darstellt.

Rußland.

Ein Arrondement.

Petersburg, 6. Februar. In Kiew wurde der diegenannte Chef der Staatspolizei, Oberst Kujawin, verhaftet und einmessen bis zur Überführung nach Petersburg dort in der Festung interniert. Die Ursache der Verhaftung soll Untersuchungen bedeutender Summen sein.

Petersburg, 6. Februar. Der mit der Revision der sibirischen Bahn betraute Senator Baron Medem hat den Verleserchef der Bahn, Lenauer, seinen Gehalt und eine Reihe von Beamten und Ingenieuren ihrer Stellen entzogen, weil neue Untersuchungen festgestellt wurden, die einen sehr bedeutenden Umfang angenommen haben.

Perthien.

Englisch-russisches Memorandum.

Teheran, 6. Februar. England und Rußland bereiten ein Memorandum an Persien vor. Ueber die Verhandlungen verläuft die beiden Mächte verhandeln, daß die Ernennung der Gouverneure des Nordens von der Zustimmung Rußlands, derjenigen des Südens von der Genehmigung Englands abhängig sei. Das Kriegministerium sei abzuschaffen, dagegen eine starke Genzarmerie zu bilden. Unliebsame Elemente sollen verbannt werden. Außerdem sollen England und Rußland bereit, Persien eine Anleihe von 50 Millionen zu gestatten.

China.

Niederlage der Kaiserlichen.

London, 6. Februar. Eine Depesche aus Peking meldet, daß die kaiserlichen Truppen in der Sidmanfahre von den Revolutionären geschlagen worden sind.

Das Ende der Wandschuhherrschaft.

Peking, 6. Februar. Das Ende der Wandschuhherrschaft in der Provinz Szechuan von China ist der Öffentlichkeit geworden. Zunächst hat den Auftrag erhalten, eine Republik unter Mitwirkung des Schwerts zu bilden. Es ist indessen zweifelhaft, ob die Kämpfer Republikaner eine Aufforderung zunächst annehmen werden, ihm die Kontrolle der Regierung zu übertragen, bis eine permanente Regierung ernannt und eine Konstitution angenommen worden ist.

Eine Konferenz der republikanischen Versammlung, die die Mitternacht dauerte, um die Bedingungen der Abhandlung der Wandschuhherrschaft zu besprechen, fasste den Beschluß, daß dem Kaiser eine jährliche Rente von 4 Millionen Taels gezahlt und ihm die Verwaltung des Chopalastes eingeräumt werde. Es wird ihm fern gehalten, den Titel eines Kaisers von China bis auf Lebenszeit zu behalten. Die Titel der Adligen werden ebenfalls erbtlich bleiben, jedoch keine neuen Ernennungen stattfinden. Die Wandschuhherrschaften Tibetaner und Mohammedaner werden in China auf gleichen Fuß gestellt werden.

Der Tripolis-Krieg.

Eine italienische Niederlage.

Paris, 6. Februar. Der in dem türkischen Lager beständige Sonderberichterstatter des Petit Parisiens meldet aus Dehida an der tunesisch-tripolitanischen Grenze, daß die türkischen und arabischen Truppen am 25. Januar nach einem mehrstündigen Kampfe durch einen nächtlichen Angriff die Italiener aus ihren Versteckungen vertrieben und beträchtliches Kriegsmaterial erbeutet haben. Die Italiener, die angeblich mehrere 100 Tote hatten, zogen sich in die Stadt zurück. Das Gefecht der italienischen Kriegsschiffe hinderte die Türken, welche 32 Tote und 81 Verwundete hatten, die Italiener zu verfolgen. Die türkischen Truppen hätten am 28. Januar zwei Bombardiere. Mehrere Häuser von Romania, in denen sich große Munitionsvorräte befanden, seien dabei in die Luft geflogen, was unter den Italienern große Panik verursachte.

Lodran, 6. Januar. Eine aus 80 Krätern bestehende Truppenabteilung griff dem Norden die italienischen Stellungen an und eröffnete ein lebhaftes Feuer gegen die Forts. Erst nachdem die Italiener ihre Kanonen sprengen ließen, zogen sich die Araber schmerzhaft zurück. Ob irgendwelche Verluste auf beiden Seiten zu beklagen sind, ist noch nicht bekannt.

Bombardement der Verzweiflung.

Konstantinopel, 6. Februar. Das Bombardement der Dardanellen wird hier als natürliche Folge der Gebiltheit der Italiener über Inhafthaltung ihrer Truppen in Tripolis angesehen. Man glaubt, daß die Italiener eine Intervention zu

Herbeiführung der Interaktion in der Position der abstrakten, die

London. Welche aus der Dodelba ist, jedoch werden

Maffan hat die Wirkung des Bombardements durch ein Bombardement unter türkischer Führung belegt

Grübel, Soldatenarbeiten so groß, daß sie handeln ist, kommen. Ja

Paris, 6. Februar. Die hiesige Anleihe von 50 Millionen ist noch nicht auf seinen Fuß jenden.

Zwei Brüder. Tolle sich bei Reichsminister verweigern in wenigen Jahren einem Wort, gesellschaftlich und soziale Angelegenheiten sich ab und seinem B und verleihe mildere und Rechtszustand.

John. 6. Februar. Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Berlin, 6. Februar. Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Dambr. 6. Februar. Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

41. 6. Februar. Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Im Reich. 6. Februar. Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Auf der. 6. Februar. Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Die Ministerpräsidenten werden Sozialisten in den nächsten Reichstagen beschuldigen, daß chemische Experimente Dr. Vorhanden

Sächliche Angelegenheiten.

Das Volksschulgesetz im Landtage.

Die Einbringung des Volksschulgesetzes in der Zweiten Kammer am Dienstag zur Beratung gelangte, hatte eine große Anzahl Zuhörer, darunter viele Lehrer, angezogen. Die Tribünen waren dicht besetzt, sehr zahlreich waren auch die Frauen vertreten, die sogar eine Hälfte der Diplomatentrübene mit besetzt hielten. Dort hatten sich besonders Vertreter aus der Ersten Kammer und sächsische Schuldeputierten niedergelassen. Von der Redebühne im Hause zeigte eine lange Röhre mit 35 Kamern, welche sich schichtweise auf 42 erhöhte. Die größte Redebühne zeigte die Konservativen, die sich alle haben einschließen lassen.

Der Neuberger eröffnete der Kultusminister Dr. Ved. Er pries den Entwurf als Errungenschaft der Politik der letzten Jahre, der das Produkt langer Beratungen sei. Besonders tat er sich darauf etwas zugute, daß ein Sachverständigen-Vorstand den Entwurf günstig begutachtet hatte. Daß dieser in der Mehrheit aus Kreis- und Amtshauptleuten und anderen Personen bestand, von denen alles, nur kein sozialistischer Gehalt zu erwarten war, sagte der Minister freilich nicht. Von den 43 Personen waren nur 5 Volksschullehrer, sonst hätte man nur Leute berufen, die überhaupt keine Kinder in die Volksschule schickten. Herr Ved hatte sich den Vorstand berufen, den er brauchte, um des Falls zu seinem Kadaver sicher zu sein. Daß man sich auf das Gutachten eines solchen Vorstands etwas zugute tun konnte, ist auch ein charakteristisches Zeichen in dem reaktionären Geiste wegen der Volksschulreform.

Die vom letzten Dreiklassenlandtage beschlossenen Leitlinien zur Volksschulreform wurden ebenfalls als Stütze für den Regierungsentwurf herbeigeholt. Daß da ein Landtag über die Volksschule beschloß, in dem das Volk gar nicht vertreten war, konnte der Kultusminister zwar nicht gänzlich ignorieren, er verließ aber mit eleganten Schwenkungen um diese Klippe herumzukommen, um dann den Versuch zu machen, die Nationalliberalen für diese Leitlinie festzunageln, die sie ja mitbestimmen haben. In der bei ihm lachsam bekannten Weise vertrat Dr. Ved dann die Konfessionschule als die für Sachsen allein richtige hinzusetzen, bemerkte indes dazu, daß damit nicht gesagt sei, daß am starren, toten Dogmatismus festgehalten werden solle, worin vielleicht bisher gefehlt worden ist. Regeres wurde mit lebhaftem „Hör, Hör!“ aufgenommen, hieß aber nicht weiter zu bedeuten. In etwas ausfälliger Weise vertrat sich der Kultusminister noch damit zu bedenken, daß er auf die Erste Kammer hinwies, mit der über einen weitergehenden Entwurf keine Einigung zu erzielen sein würde.

Wie dieser einleitenden Ministerrede waren begreiflicherweise die Konservativen außerst zufrieden. Sie erkennen immer mehr, daß der Kultusminister ihr Mann ist. Durch seine Volksschulvorlage hat er's ganz besonders bewiesen.

Für die Nationalliberalen nahm der Bildungsminister Dr. Seyfert das Wort, der als fortwährend geistiger Schulmann gilt und sich in seinen Schriften auch als solcher gegeben hat. Diesmal aber stand er sichtlich unter dem Einfluß nationalliberaler Fraktionsbeschlüsse. Nach einer reinen theoretisch-philosophischen Einleitung führte er einen eher nationalliberalen Tanz um die Konfessionschule aus, der schließlich darauf hinauslief, daß die Nationalliberalen wohl den konfessionellen Religionsunterricht, aber nicht die Trennung der Schulen nach Konfessionen wollten, und besonders die Ausdehnung der Konfessionslosigkeit auf Hilfs- und Fortbildungsschulen ablehnten. Als der Redner bei diesen Darlegungen noch besonders betonte, daß seine Partei den konfessionellen Unterricht ablehne, wendeten die übrigen Nationalliberalen demonstrativ Protest, wobei sich besonders der Abg. Nettner hervor tat, der sich überhaupt nicht anstellte, als müßte er den Redner überreden, damit ihm ja kein wirklich freiheitlicher Gedanke einschleiche. Für die allgemeine Volksschule sprach sich Dr. Seyfert aus, er fand auch leibliche Argumente gegen die Regierung, die die dreiklassige Volksschule befürwortet. Doch ließen die Ausführungen des Redners auch hier jene Entschiedenheit vermissen, die hätte vorhanden sein müssen, wenn die Nationalliberalen gewillt wären, den Kampf um eine fortschrittliche Volksschulreform anzunehmen.

Der konservative Opiß fand, daß der Volksschulreform wegen großer Gefahr gemacht worden sei, das Volk aber sich ruhig verhalten und kein großes Interesse bekunden dürfe. Die große Volksschulbewegung am Anfang des vorigen Jahres kenne der konservative Führer absolet ignorieren zu wollen. Er setzte dann gegen die Forderungen der Lehrer, besonders aber die Zwischau der Eltern, und lobte schließlich den Reichentwurf und seinen Schöpfer über's Können unter dem Vorwand der Konservativen. Bemerkenswert waren seine Argumente gegen die Einheitschule. Er fand, daß besonders in den Städten die sozialen Gegensätze immer größer würden und die Standeschulen ein Ausdruck davon seien. Es gehe nicht an, daß das im Hause wohlgezogene Kind neben dem des Arbeiters sitze, das diese Erklärung nicht gebote habe. Man müsse erst die sozialen Unterschiede ausgleichen, ehe man zur allgemeinen Volksschule kommen könne. Darauf kann Opiß lange warten. Das weiß er auch. Daher war seine Rede eine recht unglücklich verfaßte Abgabe an die allgemeine Volksschule.

Von sozialdemokratischer Seite sprach zuerst Genosse Pfeiffer, der sehr idyllisch gegen Opiß polemisierte, das sogenannte Volksschulgesetz als Produkt des Klassenstaates einzuzeichnen kritisierte und dabei besonders den Religionsunterricht als Untergrund in der Klassenmoral der Besitzenden kennzeichnete. Im Hinblick daran legte er im allgemeinen auch die sozialdemokratischen Volksschulforderungen dar.

Überwiegend kritisch als Dr. Seyfert entwickelte der Seminaroberlehrer Dr. Dietel, der für die freisinnigen Kreise. In ruhiger und sachlicher, aber doch leblich entzündeter Weise unterzog er den Regierungsentwurf einer Kritik und machte dagegen die Forderungen der Lehrer geltend, besonders aber dabei die Zwischau der Eltern in einer Weise, daß kaum noch ein Unterschied zwischen dem jetzigen Religionsunterricht und den Forderungen der Lehrer bestehen blieb.

Dann erörterte der konservative Bürgermeister Dr. Schanz noch einige Punkte vom konservativen Standpunkte aus, worauf in vortheilicher Weise Genosse Lange den Entwurf vom sozialdemokratischen Standpunkte aus beleuchtete. Dabei zerpfachte er besonders mit Humor und treffenden Bemerkungen den heutigen Religionsunterricht. Dann gab er ein Bild vom heutigen Standesunterricht, den er durch verschiedene Beispiele illustrierte, und beschäftigte sich dann kritisch mit Einzelheiten des Entwurfs. — In späterer Stunde kam noch der freisinnige Bürgermeister Dr. Roth zum Wort, der besonders gegen die Konservativen und ihre Schulpolitik polemisierte.

Der erste Tag der Volksschuldebatte hat keinerlei bessere Aussichten für ein Zustandekommen einer fortschrittlichen Volksschulreform eröffnet. Wieder erhebt sich die reaktionäre Koalition von Konservativen und Erster Kammer, die selbst dann alles zu machen drohen, wenn die Regierung auch in einzelnen Punkten geneigt sein sollte, nachzugeben. Nur durch einen rücksichtslosen Kampf könnte etwas erzielt werden. Dazu fehlt aber besonders den Nationalliberalen in der Zweiten Kammer nicht mehr wie alles.

Ein Gesetz über die Anstaltsfürsorge für Geisteskranken

ist dem Landtage soeben zugegangen. Es soll dadurch bestimmt werden, daß alle Geisteskranken in den Landesanstalten aufgenommen sind. Bisher hatte man die sogenannten ungefährlichen Geisteskranken den Gemeinden oder auch den Angehörigen überlassen, die größeren Städte mußten aber für alle ihre Geisteskranken selbst sorgen. Sie waren dabei genötigt, selbst Irrenanstalten zu bauen. Auch das soll jetzt anders werden. Die Fürsorge des Staates für Geisteskranken soll sich auch auf alle Städte des Landes mit erstrecken.

Der maßgebende § 1 des Gesetzes lautet: „Die Landesanstalten haben alle erwachsenen Geisteskranken, die der Behandlung und Pflege in einer Irrenanstalt bedürfen und deren Unterbringung ein tatsächlicher Ortsarmenverband in Erfüllung seiner armenrechtlichen Verpflichtung oder eine sächsische Gemeinde aus besonderen sachlichen Gründen beantragt, aufzunehmen und so lange zu verpflegen, als die eben angegebenen Voraussetzungen dauern. — Geisteskrank im Sinne dieses Gesetzes sind auch die Epileptischen, soweit sie zu den gewalttätigen epileptischen Irren zu zählen sind.“

Uebrigens die Aufnahme entscheidet die Anstaltsdirektion. Eine Ablehnung hat sie zu begründen. Uebrig die Verhältnisse der Irren befindet die für den Ortsarmenverband oder die Gemeinde zuständige Kreisoberbehörde. Die Verhältnisse der Irren sind auch zulässig, wenn die Anstaltsdirektion beschloß, den Kranken zu entlassen. Eine solche Entlassung ist ebenfalls zu begründen. — Uebrig die Kostendeckung wird im § 3 folgendes bestimmt: „Im Falle der Selbstzahlung sind die Anstaltskosten von den Angehörigen und, soweit deren Mittel nicht ausreichen, von den Personen zu entrichten, die nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts unterhaltspflichtig sind. Bis zur Beibringung eines anderen Zahlungsmittels ist der Landesanstalt gegenüber zunächst der Armenverband oder die Gemeinde, die die Aufnahme herbeiführt, oder sonst die Zahlungspflichtigen übernommen hat, so dann derjenige Armenverband zahlungspflichtig, der nach den armenrechtlichen Vorschriften für den Kranken zu sorgen hat.“

Durch die Vorlage soll vor allem erreicht werden, daß Geisteskranken nicht ohne Aufsicht und ausreichende Pflege leben, wie das vielfach jetzt der Fall ist. Allerdings tritt das nur auf sogenannte ungefährliche Geisteskranken zu. In der Begründung des Entwurfs wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Begriff Gefährlichkeit sehr unbestimmt ist und solche freilebende Kranke jeder ärztlichen Behandlung entbehren, eine Regelung daher kaum möglich ist.

Infolge der Neuordnung wird sich die Zahl der Insassen in den Landesanstalten nahezu verdoppeln. Es ist deshalb ein großer Verbrauchsbedarf erforderlich. Dieser steigert sich noch besonders durch die Uebernahme der Geisteskranken aus den größeren Städten. Deshalb sind auch diese zu den Kosten in hervorragendem Maße mit herangezogen worden.

Uebrig dieses besondere Kapitel in der Neuordnung der Anstaltsfürsorge für Geisteskranken liegt es in der Begründung: „Die Neuordnung der Verhältnisse ist deshalb nur dann durchführbar, wenn zunächst einmal die größeren Städte, die jetzt eine große Anzahl auch von solchen Kranken, die der Anstaltsfürsorge bedürfen, in eigenen Anstalten haben, dem Staate angemessene Summen zur Errichtung der nötigen neuen Anstaltsbauten zur Verfügung stellen. Die Regierung hat deshalb die Einbringung dieser Vorlage bei den Ständen von einer ausdrücklichen Zustimmung der größeren Städte nach dieser Richtung abhängig machen müssen. Demzufolge haben sich die Städte Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau, Weichen, Zittau, Bautzen und Freiberg für den Fall des Zustandekommens des Gesetzes zur Zahlung von insgesamt 5850000 M. Baugeldern grundsätzlich bereit erklärt, während die Stadt Leipzig dem Staate die Anstalt Döben unentgeltlich zu überlassen bereit ist.“

Doch wird die Neuordnung abermals eine schwere Neubelastung der Gemeinden mit sich bringen. Der Staat will die Geisteskranken wohl pflegen, bezahlen sollen es aber in der Hauptsache die Ortsarmenverbände. Das geht schon aus dem oben zitierten § 1 des Entwurfs hervor. Die Gemeindebeiträge werden aber noch dadurch vergrößert, daß die Verpflegung erhöht werden sollen. Darüber wird in der Begründung noch folgendes ausgeführt:

Aber weiter macht es die mit der Durchführung des Gesetzes verbundene dauernde große Vermehrung des laufenden Aufwandes zur unumgänglichen Notwendigkeit, daß gleichzeitig alle Ortsarmenverbände in Zukunft einen höheren Verpflegungsbeitrag zahlen, als ihnen im Gesetz vom 28. Mai 1883 angebilligt worden ist. Angesichts der Tatsache, daß auch bei den Geisteskranken allein den Gemeinden und nicht dem Staate die armenrechtliche Fürsorge obliegt, bedarf es keiner weiteren Darlegungen, wie der jetzt von den Ortsarmenverbänden zu entrichtende Verpflegung von täglich 50 Pf. zu den Aufwendungen des Staates in keinem gerechten und gesunden Verhältnis steht. Es erscheint nicht mehr als billig, wenn den Ortsarmenverbänden künftig die Hälfte der Kosten aufzulegen wird, die dem Staate selber durch die Versorgung eines solchen Kranken durchschnittlich erwachsen.

Da sich der Gesamtaufwand für einen Kranken der 3. Klasse durchschnittlich etwa auf 2,50 M. täglich beläuft, so würde der Verpflegung auf die abschließbare Zukunft für die Ortsarmenverbände auf 1,25 M. festzusetzen sein. Die Armenverbände tauschen für diese Erhöhung nicht nur die dauernde Befreiung von den Sorgen der Unterbringung der bezeichneten Geisteskranken ein, sondern es kommt ihnen auch sofort die Entlastung der kommunalen Anstalten von Kranken zugute, die nicht nur große Schwierigkeiten bereiten, sondern auch teilweise einen besonders hohen Aufwand verursachen, während in Zukunft diesen Anstalten kostspielige Neuerrichtungen erspart bleiben, die unvermeidlich werden, wenn nicht der bisherige rechtliche und tatsächliche Zustand geändert wird.

Die Verpflegung sollen also um das 1 1/2-fache erhöht werden. Woher die Gemeinden die Mittel nehmen, danach fragt der Staat nicht.

Nemert sei noch, daß in Sachsen bisher sieben Landesanstalten für Geisteskranken existierten, nämlich Sonnenstein, Goldig, Subertshausen, Hahndorf, Untergröblich, Großschweidnitz und Waldheim. Dazu wird in Zukunft noch die jetzt in Besitz der Stadt Leipzig befindliche Anstalt Döben kommen.

Terrorismus gegen Liberale.

Der freisinnigen Zittauer Morgenzeitung wird aus Bautzen geschrieben:

Wertwürdige Folgen scheint hier der verfloßene Reichstagswahlkampf nach sich ziehen zu sollen. Das enorme Anwachsen des Liberalismus in Bautzen wie im gesamten dritten sächsischen Reichstagswahlkreis, das bei den letzten vergangenen Wahlen so deutlich in die Erscheinung trat, gibt den vereinten Kräften der Finsternis Veranlassung, beiseiten gegen die liberale Bewegung vorzugehen, die ihnen ja ein weit gefährlicherer Gegner ist als die Sozialdemokratie. Zunächst nimmt man sich die liberalen Lehrer auf's Korn. Sie werden vorläufig in größter Verbindlichkeit und mit der Gebärde väterlichen Wohlwollens darauf hingewiesen, daß es ihrer Karriere nicht gerade vorteilhaft sein dürfte, wenn sie sich politisch in der Weise betätigen. Haben sie sich etwa so weit veressen, für eine liberale Zeitung zu schreiben, so wird ihnen das strikte unterliegt. Weit weniger günstig verfährt man mit denjenigen Leuten, die im freien Erwerbleben stehen. Ihnen werden Stockprügel auf den Wagen angebracht, wenn sie sich noch einmal erlauben sollten, für die liberale Sache Interesse zu bekunden. Die und da hat man sogar die Drohung schon zur Tat werden lassen. Es ist also jetzt wie in Schweden!

Gewiß ist dieser Terrorismus außerst verwerflich. Wir haben aber noch nie bemerkt, daß sich die Liberalen darüber aufgeregt hätten, wenn Arbeiter ihrer politischen Betätigung wegen gemahnt wurden. Das haben sogar liberale Fabrikanten fertig gebracht.

Freiberg. Der Ueberlandstrom-Verband Freiberg, der jetzt 100 Gemeinden und Gutsbezirke in den Amtshauptmannschaften Freiberg, Zwickau und Dippoldiswalde umfaßt und in Zwickau bei Mulda errichtet worden ist, wird in einigen Wochen mit der Stromabgabe beginnen können. Die Inanspruchnahme des Werks beträgt zurzeit 6000 PS. Die Baukosten belaufen sich auf rund zwei Millionen Mark.

Zwickau. Die Schlichterinnung hat ein eigenes Innungsschiedsgericht für gewerbliche Streitigkeiten zwischen den Meistern und den Arbeitern gegründet. Das Gewerbeschiedsgericht, das aus einem Richter als Vorsitzenden und einem Unternehmer und einem Arbeiter als Beisitzer besteht, daß ihnen nicht, weil es eine wirkliche Rechtsprechung verbirgt. Das Innungsschiedsgericht ist zusammengesetzt aus dem Uebermeister der Innung als Vorsitzenden und einem Meister und einem Arbeiter als Beisitzer. Der Arbeiter wird aber nicht, wie bei dem Gewerbeschiedsgericht, von den Arbeitern ernannt, sondern vom Rat der Stadt auf Vorschlag der Innung ernannt. Das Schiedsgericht ist also ein reines Meisterstribunal. Das zeigte sich gleich in der ersten Sitzung dieses Schiedsgerichts, in der das Recht verlegt und der Würde des Gerichts ins Gesicht geschlagen wurde. Der Vorsitzende des Gerichts, Schlossermeister Schumann, zeigte, daß er nicht die einfache Vorstellung von den Aufgaben eines Richters hat. Er sah seine hauptsächlichste Aufgabe darin, den klagenden Gehilfen aufs äußerste herabzusetzen und persönlich zu kränken. Dieser Richter warf dem Gehilfen seine Verbandszugehörigkeit vor, sagte, dieser verhebe die Beherrschung und organisiere sie im Verbands, ehe die den Weg zur stützlichen Verwahrung der Verhältnisse, und ähnliche Dinge mehr, die mit dem Verhandlungsgegenstand in keiner Beziehung standen. Natürlich wurde der Gehilfe mit seiner Entschädigungsforderung wegen ungebührlicher Entlassung abgewiesen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei Redemig bei Reibnitz wurde der Soldat Weinert von der 8. Kompanie des 14. Inf.-Regts. Nr. 170, der sich vor acht Tagen von seinem Truppenrevier entfernt hatte, festgenommen. Weinert hielt sich tagsüber in Feldbüschen auf. Nichts lernte er niellos auf der Landstraße umher. Der Fahnenführer wurde dem 189. Inf.-Regt. übergeben. Er mußte, da er Hände und Beine erstoren hatte, dem Garnisonlazarett zugeführt werden. — Der etwa 50 Jahre alte Landarbeiter Ferdinand Hubert aus Berda wurde in der Nähe der Flanener Talbrücke, wo kleinere Erdarbeiten ausgeführt werden, von hereinbrechenden gestorenen Erdmassen verflücht und so schwer verletzt, daß der Tod bald darauf eintrat. Er hinterläßt Frau und Kinder. — Der Sergeant Böge der 3. Batterie des Fußartillerie-Regiments Nr. 12 in Glatzau, kommandiert zum Artilleriedepot in Aieia, hatte sich dort Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen lassen und war geflohen. Dieser Tage wurde er in Hof festgenommen. Durch einen Transporteur sollte er zurückgebracht werden. In der Nähe von Glauchau riegelte er sich im Aboet ein und sprang aus dem fahrenden Zug. Er, der aus Glauchau stammt, zog sich hierbei eine Kopfverletzung zu, wurde aber bald darauf wieder festgenommen, als er sich auf der Bahnhofswache verborgen lassen wollte. — Großes Aufsehen erregt in Plauen die Verhaftung des Verwaltermannes Nagler, eines früheren Richters, wegen Unterschlagung. Der Verhaftete steht im dringenden Verdacht, anderen Leuten unter Ausnutzung ihrer Postlage Darlehen zu viel zu hohem Zinsfuß — man spricht von 20, 30, 40 und noch mehr Prozenten — geträgt zu haben. Sein Verwalter soll ein Darlehensvermittler in Plauen gewesen sein. Es verläutet sich, daß Nagler eine Anstalt in Höhe von etwa 100000 M. zu stellen beabsichtigte, um seine Freilassung, die aber abgelehnt worden ist, zu erreichen.

Neuheiten beschließen sollen. Die Unterhaltung und Erweiterung der Schulverwaltung der Gemeinden ist ein alter überliefertes Grundsatz. In diesen Tagen sind wir alle mit dem Schulwesen einverstanden. Besonders ist es jedoch das man das Schulwesen...

Abg. Dr. Schöner (L.) hat sich bei der Debatte über die Schulreform an ein gutes Beispiel gehalten. Er hat die Schulverwaltung...

Abg. Zander (S.) polemisiert umso mehr gegen den Abg. Tsch. der sich heute als Beispiel probiert hat. Seit 40 Jahren hat der Schulverwaltung...

Die Regierung nennt die Vorlage selbst keine Schulreform, sondern nur eine Neuorganisation. Was bringt diese Neuorganisation...

Wichtiger ist es mit der Verschärfung des Schulrechts. Nicht nur die Schulverwaltung, sondern auch die Gemeinden...

Der Schulminister hat am 13. Januar 1908 verprochen, der Minister des Reichs...

Der Schulminister hat am 13. Januar 1908 verprochen, der Minister des Reichs...

Der Schulminister hat am 13. Januar 1908 verprochen, der Minister des Reichs...

Der Schulminister hat am 13. Januar 1908 verprochen, der Minister des Reichs...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Lohnkämpfe der Tapezierer im Jahre 1911. Ein rechtlicher Kampf mit einer Anzahl glücklicher Erfolge hat der Verband der Tapezierer...

In den Lohnabmachungen ohne Arbeitsvermittlung waren in 124 Betrieben 250 Arbeiter beteiligt. Sie erhielten 1707 Arbeiter eine Arbeitsvermittlung...

Am Tapeziererwerke haben gerade 87 verschiedene Tarifverträge, die sich zum größten Teil über ganze Städte und Landkreise...

Die Tapezierer sind sehr schwer zu organisieren, da im Gewerbe noch der Kleinbetrieb herrscht und die Arbeiter meist zu...

Im Jahre 1905 führte der Verband die Arbeitslosenunterstützung ein. Infolge dessen wurden in den letzten sechs Jahren für...

In einigen Tagesstellungen erließen ein Interim, nach dem Vergolderarbeiten nicht werden. Es ist deshalb notwendig, einiges über die...

Die Vergoldfabrikanten wollen ausweichen! Der Kampf der sich in der Vergoldindustrie zwischen den organisierten Arbeitern...

Anders die Lohnkämpfe, die einem Schutzverein deutscher Vergoldfabrikanten angehören, in welchem die meisten und auch größten der deutschen Vergoldfabrikanten...

Der organisierte Vergoldarbeiter kann die Entlohnung der Vergolder nicht verhindern, sondern nur die angehenden Vergolder...

Der organisierte Vergoldarbeiter kann die Entlohnung der Vergolder nicht verhindern, sondern nur die angehenden Vergolder...

Die Lohnbewegung im englischen Kohlenbergbau. London, 3. Februar 1912. Ueber die Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen Arbeitern und Unternehmern...

Am 1. Februar hat auch das zweite Stadium der Bergarbeiterbewegung begonnen. Die Südmänner haben um 12 Uhr mittags ihre...

Die Verhandlungen gegen einen Kasernenbau. Berlin, 7. Februar. In Ostpreußen wurde gestern abend gegen 8 1/2 Uhr ein...

Die Verhandlungen in Spanien. Madrid, 8. Februar. Seit mehreren Wochen sind stürmische Verhandlungen über ganz Spanien...

Die Verhandlungen in England. London, 8. Februar. Ein seltsamer Automatenfall löste gestern hier eine...

Die Verhandlungen in Spanien. Madrid, 8. Februar. Seit mehreren Wochen sind stürmische Verhandlungen über ganz Spanien...

Die Verhandlungen in England. London, 8. Februar. Ein seltsamer Automatenfall löste gestern hier eine...

Die Verhandlungen in Spanien. Madrid, 8. Februar. Seit mehreren Wochen sind stürmische Verhandlungen über ganz Spanien...

Die Verhandlungen in England. London, 8. Februar. Ein seltsamer Automatenfall löste gestern hier eine...

Vertical list of names and small notices on the right margin, including names like 'Dr. Schmidt', 'Herrn Schmidt', etc.

Victoria-Salon advertisement: Das neue brillante Februar-Programm. Anfang 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr und 8 Uhr. Im Tunnel: Die lustigen Hamburger. Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Die Schiffe ...
Die Schiffe ...
Die Schiffe ...

Kleine Mitteilungen

Der letzte Roman des Jahres 1911, der das von Strindberg ...
Der Kaiser ...
Der Kaiser ...

Spezial

Waffenstellung im Oberland ...
Waffenstellung im Oberland ...
Waffenstellung im Oberland ...

Dresdner Kalender

Heute, Sonntag den 5. Februar, Oberhaus ...
Heute, Sonntag den 5. Februar, Oberhaus ...
Heute, Sonntag den 5. Februar, Oberhaus ...

Literatur

Literarischer Verein ...
Literarischer Verein ...
Literarischer Verein ...

Centralblatt

Centralblatt ...
Centralblatt ...
Centralblatt ...

Jugend-Bildungsverein

Jugend-Bildungsverein ...
Jugend-Bildungsverein ...
Jugend-Bildungsverein ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...
Charles Dickens als sozialer Kämpfer ...

Wollbildung

Wie das Wollschaf beschaffen sein sollte. Die Wollschafzucht hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen...

Die Frage: Was ist ein Wollschaf? beantwortet der Vorkursant: 1. Nummer, aber nicht prägnant, 2. Transparenz...

Die Wollschafzucht hat in letzter Zeit in Deutschland einen Aufschwung erlebt...

Die Wollschafzucht hat in letzter Zeit in Deutschland einen Aufschwung erlebt...

Das „Jugend“-Fest am 12. Februar...

Wollschafzucht hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Wollschafzucht hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen...

Die Wollschafzucht hat in letzter Zeit in Deutschland einen Aufschwung erlebt...

Die Wollschafzucht hat in letzter Zeit in Deutschland einen Aufschwung erlebt...

Die Wollschafzucht hat in letzter Zeit in Deutschland einen Aufschwung erlebt...



Neigung besiegen ist schwer; gefesselt sich aber Gewohnheit, wurzelnd, allmählich zu ihr, unüberwindlich ist sie. Goethe

Die Geselligkeit im Tierreich

Die meisten zoologischen Forschungen über den Vögel zeigen wenig beachteten Tag im Herdenleben...

Die Geselligkeit im Tierreich zeigt sich in verschiedenen Arten...

Die Geselligkeit im Tierreich zeigt sich in verschiedenen Arten...

In der Weltgeschichte nicht seine lichenstrahligen Eigenschaften...

Die Geselligkeit im Tierreich zeigt sich in verschiedenen Arten...

Die Geselligkeit im Tierreich zeigt sich in verschiedenen Arten...

Die Geselligkeit im Tierreich zeigt sich in verschiedenen Arten...

